

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK



Foto: Thomas Trueten/Umbruch Bildarchiv

Das Projekt »Stuttgart 21«

Der Wille zum Widerstand eint die Bevölkerung

Die Bundesregierung hatte einen »Herbst der Entscheidungen« angekündigt. Sie hat ihre Ankündigung umgesetzt.

Um nur einige Beispiele zu nennen:

- die Einführung der Rente mit 67;
- die Streichung des Kindergeldes und der Beiträge für die Rentenkasse bei ALG II-Beziehern;
- eine »Gesundheitsreform«, die der Pharmaindustrie ihre Profite belässt, die Unternehmen von Beitragserhöhungen ausnimmt und alle weiteren Kostensteigerungen den Versicherten aufbürdet;
- die Verlängerung der AKW-Laufzeiten, die den Energiekonzernen zusätzliche Milliardenprofite sichert.

Der vom DGB angedrohte »heiße Herbst« blieb ein bloße Ankündigung. Er beschränkte sich auf einige wenige Kundgebungen mit Symbolcharakter. Allerdings, auch die von den zahlreichen Initiativen durchgeführten Protestaktionen gegen die Sozialpolitik der Bundesregierung fanden kaum Zuspruch; die Teilnehmerzahlen blieben weit hinter

den Erwartungen zurück, wie zuletzt die geplante Umzingelung des Reichstages in Berlin. In den Belegschaften und unter den Erwerbslosen regt sich momentan noch kein Widerstand.

Zwei andere Ereignisse bestimmten die innenpolitische Debatte und mobilisierten Zehntausende für außerparlamentarische Proteste:

- das Wiedererstarken der Anti-AKW-Bewegung mit einer Großdemonstration (100.000 TeilnehmerInnen) in Berlin und den Protesten im Wendland;
- die Bürgerbewegung in Stuttgart gegen den geplanten Tiefbahnhof.

»Stuttgart 21« und der Widerstand im Wendland bilden deshalb den Schwerpunkt unserer neuen Ausgabe. Auf die Gewerkschaften und die Debatte über die Einschränkung des Streikrechtes, die sogenannte Tarifeinheit, kommen wir in unserer nächsten Ausgabe zurück.

Das Projekt »S21«: Wer zahlt die Zeche?

Beim Protest gegen die Startbahn West des Frankfurter Flughafens vor nun etwa dreißig Jahren standen der Schutz des Waldes, also im weitesten Sinne Umweltschutz, die befürchtete Lärmbelastung durch die Flugzeuge und – für einen kleineren Teil der Demonstranten – der Protest gegen ein vermutetes Nato-Projekt im Vordergrund des Interesses. Die Baukosten waren kein Thema.

Ganz anders bei dem Projekt »Stuttgart 21« (S21), das von den Einen als überwiegend städtebauliches, von Anderen als Bahnprojekt verstanden wird. Hier stehen bei Befürwortern wie bei Gegnern wirtschaftliche Aspekte an erster Stelle. Man kann es kaum treffender fassen, als es der Befürworter Thomas Löffelholz¹ in einem ganzseitigen Beitrag im Hauptteil der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ) am 18. Oktober 2010 tut: »Beginnen wir mit dem Wichtigsten an »Stuttgart 21«... Mit den Milliarden, die da hinaus geschmissen oder genauer gesagt in der schwäbischen Erde verbuddelt werden sollen. Fünf, neun oder fast achtzehn Milliarden – wer weiß? Der Autor weiß es nicht... Es wird zehn Jahre lang gebaut – in nicht nur geologisch, sondern auch ökonomisch schwierigem Terrain. Vieles ist unsicher. ... Interessanter ist es, andersherum zu fragen: Warum regen sich die Bewohner vom Killesberg, der Weinsteige und aus Botnang über die Kosten dieses Milliardenprojektes so maßlos auf? Als Stuttgarter könnten sie, leicht zynisch, sagen: Je teurer, desto besser! Denn die Stadt Stuttgart zahlt für »Stuttgart 21« eher überschaubare Summen. Dafür aber fließen Milliarden aus den Kassen von Bahn, Bund und Land in die schwäbische Metropole und die Region. Von so einem Geschäft kann eine Stadt nur träumen... Früher sagten die Schwaben in solchen Fällen bescheiden: »Ich bin so frei!«, und nahmen das Geld. Heute sagen die Demonstranten: Egal! Was zu teuer ist, ist zu teuer, gleichgültig wer zahlt. ...«

Der Verfasser konstatiert eine Veränderung im Denken seiner Mitbürger, die er sich – vorgeblich – nicht erklären kann. Tatsächlich hat sich in den dreißig Jahren seit den Auseinandersetzungen am Rhein-Main-Flughafen vieles verändert; vor allem ist die optimistische Erwartung eines stetigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts einer überwiegend skeptischeren Einstellung gerade auch der Mittelschichten gewichen. Nach einer Umfrage des WZB² waren 50 Prozent der Demonstranten Arbeitnehmer mit Abitur bzw. Hochschulabschluss. Mit zunehmender Dauer des Protests schlossen sich immer mehr junge Menschen und auch aktive Gewerkschaftsmitglieder an. Während am Anfang nur ganz wenige junge Leute dabei waren, waren bei den Übergriffen der Polizei anlässlich der Baumfällaktion überwiegend sie die Geschädigten. Natürlich gibt es auch Befürworter von »S21« in der Stadtbevölkerung und es ist bemerkenswert, dass auch diese öffentlich demonstrieren – allerdings kamen sie über 5.000 bis 7.000 Teilnehmer nicht hinaus, während die Protestbewegung öfter schon 50.000 bis 100.000 Demonstranten mobilisieren konnte.³

Die internationale Finanzkrise Ende der 1990er Jahre und vor allem die aktuelle, fortwährende Finanz- und Wirtschaftskrise haben vielen Menschen ein Gefühl für die

1 Dr. jur. Thomas Löffelholz, geb. 1932 in Wiesbaden, war von 1983 bis 1995 Chefredakteur der »Stuttgarter Zeitung« und von 1995 bis 1998 Chefredakteur der Tageszeitung »Die Welt«.

2 Das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung befragte 1.500 Teilnehmende der Montagsdemonstration gegen »Stuttgart 21« am 18. 10. 2010; 814 Personen sandten den Fragebogen fristgemäß zurück.

3 So Bernd Riexinger in einem Interview mit der Zeitschrift SoZ Nr. 11/2010

Unwägbarkeiten und Gefahren der Marktwirtschaft vermittelt. Die technischen Risiken großer Projekte wurden zuletzt durch den Einsturz des Kölner Stadtarchivs und durch die Ölpest im Golf von Mexiko vor Augen geführt. Die Mittelschichten haben erfahren, dass der Weg vom Gewinner zum Verlierer, im Extremfall vom beehrten Fachmann zum Hartz IV-Empfänger, kurz sein kann und dass man unverhofft viel Geld verlieren kann. Sie erleben vor allem auch, dass sie für die Schulden der öffentlichen Hand aufzukommen haben, während die großen Banken und Industrieunternehmen davon profitieren. So erklärt sich der Beitrag eines ehemaligen Unternehmers und heutigen Stifters⁴, der – im Gegensatz zu Herrn Löffelholz – für seine Meinungsäußerung in der FAZ vom 15. Oktober 2010 allerdings bezahlen muss: »... Diesen gigantischen Kosten (für »Stuttgart 21«; d. Red.) stehen im Wesentlichen lediglich eine Fahrzeitverkürzung Richtung Ulm-München von 30 Minuten und die Gewinnung eines Baugeländes auf dem ehemaligen Bahnhofsareal gegenüber ... selbst wenn Geld in Hülle und Fülle da wäre, spräche vom Kosten/Nutzen-Gesichtspunkt aus alles gegen dieses Wahnsinnsprojekt.

4 Erich Fischer, n. eig. Ang. geb. 1938 im Sudetenland, Unternehmer und leitender Geschäftsführer eines Unternehmens der Chip-Branche mit ca. 300 Beschäftigten; seit 1995 Stifter »Internationale Stiftung zur Förderung von Kultur und Zivilisation«; www.internationalestiftung.de

INHALT · Heft Nr. 5 / 11. Dezember 2010 · Jg. 5 I

Die Interessen hinter dem Projekt »Stuttgart 21«	
»Das Mega-Milliarden-Ding«	5
Zum Ausgang der Schlichtung	6
Gremien votieren gegen »S21«	
Gewerkschaftsvorstände ignorieren Beschlüsse	8
Demonstrierende gegen »S21«	
Die »Mitte der Gesellschaft« geht auf die Straße	9
Die bundespolitische Bedeutung vom Projekt »S21«	
Vom Unmut zum Widerstand	10
Ein Brief aus Stuttgart	14
Korrespondenz aus dem Wendland	
Her mit dem Schotter	15

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.

Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

- **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenastraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 – 16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46
- **Braunschweig:** »Guten Morgen Buchladen«, Bülpfenweg 87 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Grindelallee / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Straße: Zeisehallen ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6
- **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Leipzig:** »Liebknecht-Haus«, Braustraße 15
- **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Schillerstraße 22 – 24 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3



Aber, wie wir alle wissen, das Geld ist selbstverständlich nicht im mindesten vorhanden und also werden – allem Gerede über unsere Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen zum Trotz – weitere Milliarden Schulden gemacht, die allein Zinsbelastungen in Höhe von 200 Millionen Euro pro Jahr nach sich ziehen.

Und wer zahlt die Zeche? Sie und ich und wir alle natürlich. Wer sonst? Mit unseren Steuern und mit Fahrpreisen, die sich noch weniger Leute leisten können. ...«

So sehen das auch Stuttgarter, die kritisieren, dass im städtischen Haushalt gegenwärtig 200 Millionen Euro Eigenleistung für das Projekt vorgehalten werden, während gleichzeitig bei Kitas, Schulen, Krankenhäusern und Sozialeinrichtungen gespart werden muss, außerdem bei den Etats für die Berufsfeuerwehr und dem Erhalt von kommunalen Treppenanlagen, Straßen und Gehwegen. Der Leiter des Stuttgarter Tiefbauamts wird mit den Worten zitiert: »Die Stuttgarter werden sich an schlechte Straßen gewöhnen müssen.«

Was genau ist »Stuttgart 21«?

Wie jedes große Bauprojekt hat auch »Stuttgart 21« einen langen Vorlauf.⁵ Eine von Verkehrswissenschaftlern der Universität Stuttgart 1988 vorgelegte Denkschrift sah einen viergleisigen Durchgangsbahnhof unter dem bestehenden Stuttgarter Hauptbahnhof vor. Die Diskussionen in den beteiligten Gremien von Stadt, Land Baden-Württemberg, Bund und Bahn, sowie zwischen den Beteiligten zogen sich hin, verschiedene Projektvarianten wurden entwickelt,

⁵ Weitere Einzelheiten hier und im Folgenden s. Wikipedia Stichwort »Stuttgart 21« sowie www.kopfbahnhof-21.de; ferner Wolfgang Hesse, »Stuttgart 21«, seine Kapazitäten und Alternativen, in »Stuttgart 21« oder: Wem gehört die Stadt, PapyRossa-Verlag 2010; Winfried Wolf, Der große Raubzug – »Stuttgart 21« oder: Bahn-Privatisierung als Immobiliengeschäft (Teil 2 und Schluss), junge welt 08. 11. 2010

viele verworfen – für Außenstehende, und das sind die meisten Einwohner von Stadt und Land, undurchschaubare Vorgänge.

Das nun, 22 Jahre nach Vorlage der Denkschrift, von den Gremien abgesegnete und begonnene Projekt »Stuttgart 21« sieht die Umwandlung des 17-gleisigen oberirdischen Kopfbahnhofs in eine unterirdische achtgleisige Anlage vor. Durch die Untertunnelung sollen etwa 100 Hektar Gleisflächen am Rand der Stuttgarter Innenstadt für die Erweiterung des Schlossgartens (20 ha) sowie für Wohnungen und Geschäfts- bzw. Büroflächen gewonnen werden.

Die Bahn wirbt für das Projekt mit dem Argument, dass ein – nur unterirdisch realisierbarer – Durchgangsbahnhof Fahrzeitverkürzungen ermöglichen werde. Dagegen steht die Feststellung des Bundesverkehrsministeriums, dass es sich »bei »Stuttgart 21« (nicht) um ein Projekt des Bedarfsplans für die Bundesschienenwege (handelt), sondern vorrangig um ein städtebauliches Projekt. Denn auch ein oberirdischer Kopfbahnhof kann die verkehrlichen Funktionen für den Eisenbahnknoten Stuttgart erfüllen.«

Bahn, Kommune und Land weisen vor allem auf die hohen Bundeszuschüsse für »Stuttgart 21« hin, die das Projekt vorgeblich alternativlos machten.

Die Gegner von »Stuttgart 21« rechnen vor, dass die Fahrzeitverkürzungen recht geringfügig sind und bei einer Modernisierung des Kopfbahnhofs ebenso erreicht werden können. Im Mittelpunkt der Kritik stehen jedoch die Zerstörung des Schlossgartens, unwägbar Risiken, die mit dem Tiefbau verbunden sind, und die Kosten. Im Jahr 1994 wurden die Kosten auf 5 Milliarden DM (ca. 2,5 Milliarden Euro) geschätzt.

In der Finanzierungsvereinbarung zu »Stuttgart 21« im Jahr 2009 wurden 3,1 Milliarden Euro vorgesehen, zusätzlich ein sogenannter Risikotopf in Höhe von 1,45 Milliarden Euro. Sieben Monate nach Amtsantritt des neuen Bahnchefs Grube, im Dezember 2009, legte die Deutsche Bahn nach: Sie berechnete Baukosten von 4,1 Milliarden Euro; die Steigerung sollte dem Risikotopf entnommen werden. Der Bundesrechnungshof schätzte 2008 Kosten von über 5,3 Milliarden Euro; die fachkundige Münchener Firma Vieregge & Rössler errechnete Kosten von 6,3 Milliarden Euro zu Preisen von 2008. Es liegt also nahe, bei einer geschätzten Bauzeit von zehn Jahren von einem nochmals deutlich höheren Betrag auszugehen. Wenn bei einem auch geologisch so komplizierten Projekt vermutet wird, dass die Kosten am Ende auch 10 Milliarden Euro und mehr betragen könnten, dann ist das weniger Panikmache als vielmehr Lebenserfahrung, die sich aus Kostenexplosionen bei Bauprojekten wie zuletzt der Hamburger Elbphilharmonie speist.

Als akute Baurisiken werden vor allem die Gefahr einer Zerstörung der Mineralquellen durch Verseuchung mit höher liegendem Grundwasser beim Tunnelbau genannt. Und es wird – mit aktuellem Bezug auf die Stadt Staufen im Breisgau – auf die Gipsschichten im Baugrund hingewiesen, die beim Kontakt mit Grundwasser bis zu 50 Prozent aufquellen können.

Besonders die drohende Zerstörung des Schlossgartens mobilisiert die Menschen; weit über 30.000 Personen haben sich schon als Parkschützer registrieren lassen, um mit ihren Namen, aber auch mit Aktionen gegen die drohende Zerstörung des Schlossgartens einzustehen. Die Bedeutung dieses Stadtparks für Stuttgart ist vergleichbar dem Englischen Garten in München; er ist wichtiges Naherholungsgebiet vor allem für die Bewohner der Innenstadt und zugleich Frischluftschneise für den Talkessel. Es würde die Menschen hart treffen, wenn dieses Gelände auf Jahre hinaus eine Tiefbaustelle würde; eine Neubepflanzung

würde viele Jahrzehnte brauchen, bis der heutige Zustand wieder hergestellt sein würde. Das erklärt den massiven Widerstand, als die ersten Bäume abgeholzt wurden.

Die Wahrer des »demokratischen Prinzips«

Verfolgt man die Stellungnahmen der politischen und journalistischen Befürworter von »Stuttgart 21«, so fällt auf, dass sie die Sachargumente beispielsweise von »Kopfbahnhof 21« überwiegend ignorieren. Allenfalls wird eingestanden, dass natürlich Risiken grundsätzlich vorhanden seien, aber dies bei Projekten solcher oder ähnlicher Komplexität und Zeitdauer sich nicht vermeiden lasse. Umso mehr wird dafür betont, was gewöhnlich als »Verfahrensdemokratie« bezeichnet wird. Der bereits zitierte Thomas Löffelholz liefert auch hierfür das Muster: »... *Denn wirklich entscheidend ist, dass – lange bevor wir »Stuttgart 21« haben werden – der Bau dieses unterirdischen Bahnhofs das Leben jedes Stuttgarters verändern wird. Man hat Erfahrung... Verkehr und Umwelt werden durch den Bau belastet. Es wird Lärm geben. Jeder am Nesenbach ist betroffen. Das ruft Angst und Wut hervor. Es erklärt, warum diesmal auch viele ältere Bürger auf die Straße gehen. Manche von ihnen werden ihr Leben nicht im neuen »Stuttgart 21« zu Ende bringen, sondern auf einer Baustelle. Da liegt die Frage nahe: Darf man den »Betroffenen« dies abverlangen? Wir leben in einer Demokratie. Da müssen die »Betroffenen« doch entscheiden können, die die Opfer bringen... Das ist freilich nicht einmal die halbe Wahrheit. Wenn immer und überall die »Anlieger« das letzte Wort hätten, würde im Land nichts mehr geschehen.*...« So oder ähnlich auch die führenden Kommentatoren der bürgerlichen Presse. Es wird dann auf Gorleben verwiesen, auf den Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens und gar auf Mutlangen und den Nato-Doppelbeschluss, der zum Zerfall der SU und damit zur deutschen Einheit geführt habe.

Damit wird »Stuttgart 21« zum Prinzip erhoben, zum Symbol für repräsentative bürgerliche Demokratie gegen die Willkürherrschaft der Straße. Das hatten wir schon – bei jedem der vorgenannten Konflikte wurde auch so argumentiert.

Aber so ist es in Wirklichkeit nicht. Die Bürger in Stuttgart wollen nicht die repräsentative Demokratie infrage stellen, auch wenn sie es aus Sicht ihrer Gegner faktisch tun. Das war an der Startbahn, in Gorleben und Mutlangen nicht anders. Es sind konkrete Gründe und Anlässe, die den Protesten zugrunde liegen, und vor allem auch das Empfinden, ein Übel verhindern zu können, nicht länger ohnmächtig zu sein. Bei der »Umzingelung« des Landtags schallten die Rufe »Lügenpack« und »Wir sind das Volk«. Der Protest ist konservativ und progressiv: Erhaltung des Stadtparks und Anspruch, über die Zukunft der Stadt mitzubestimmen. Was Gewerkschaftsdemos kaum noch schaffen, gelingt gegenwärtig hier: Ein Band der Solidarität zwischen Menschen zu schaffen, die sich sonst zumeist als einflusslos erleben.

Und es sind auch konkrete Gründe und Interessen, die das Projekt »Stuttgart 21« befeuern: Das Großprojekt der Untertunnelung mit 16 Tunnelröhren bei 33 Kilometer Gesamtlänge und 18 Brücken, die Projektierung und Vermarktung von rund 80 Hektar Stadtfläche unter kommerziellen Gesichtspunkten ist für die großen Baukonzerne, z.B. den Tunnelbohrer Herrenknecht, und die an der Finanzierung beteiligten Bankinstitute, u.a. die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW), die BW-Bank und eine Vielzahl kleiner und mittlerer Mitprofiteure, so etwas wie ein spezielles Konjunkturprogramm über mindestens zehn Jahre. In der Planung sind Büro- und Wohnflächen, ein riesiges Einkaufszentrum und natürlich die begleitende Infrastruktur

durch Straßen und öffentliche Einrichtungen – und nicht zuletzt die Neuanlage und Wiederbepflanzung des um 20 Hektar vergrößerten Stadtparks.

Dabei sitzen die regierenden Politiker der Stadt und des Landes in einem Boot mit der Bundesregierung, die dies erst ermöglicht. Die Bahn, die dem Bund gehört, hat die politischen Vorgaben zu befolgen. Ihrem Eigeninteresse wird dadurch Genüge getan, dass ihr Finanzierungsanteil festgeschrieben wird und dass so ihre Kosten nicht höher liegen als bei einem konventionellen Umbau des Hauptbahnhofs, nach Einschätzung von »Kopfbahnhof 21« sogar darunter liegen⁶. Da Bund, Land und Kommune für die Kosten gerade stehen – egal was passiert –, können Baufirmen und Investoren die (durchaus nicht gelegneten) Risiken gelassen sehen. Es sind nicht ihre Risiken, sondern die der Steuerzahler; d. h. dass jede Kostensteigerung durch Einsparungen in den öffentlichen Haushalten kompensiert werden muss – durch Streichung von sozialen Leistungen, durch Reduzierung anderer Haushaltsansätze, die ebenfalls die Lebensqualität der Bürger berühren, wie Investitionen in übrige Infrastruktur, Bildung, Kultur.

Das sehen die Nachbarn von Thomas Löffelholz, die heute gegen »Stuttgart 21« auf die Straße gehen, weil sie sich nicht mit abstrakten Phrasen von »wegdemonstrierter Zukunft« zufrieden geben, weil sie spüren, dass ihre Interessen nicht mit denen der Investoren und deren Verbündete in eins gehen.

19.11.2010 ■

⁶ Die Kostenverteilung auf Basis der Kostenschätzung vom Dezember 2009: Deutsche Bahn AG 1,469 Mrd. Euro (davon 232 Mio. Euro Risikovorsorge); Bund (einschl. EU-Mittel) 1,229 Mrd. Euro (nicht gedeckelt); Land BW 823,8 Mio. Euro; Stuttgart 238,58 Mio. Euro; Flughafen Stuttgart 227,2 Mio. Euro; Verband Region Stuttgart 100 Mio. Euro.

Der Unterstützerkreis für »Stuttgart 21«

Die Bauindustrie wird u.a. vertreten durch:

Dr. Ing. Martin Herrenknecht,

Vorstandsvorsitzender der Herrenknecht AG,
Marktführer für Tunnelbohrmaschinen;

Dr. Ing. Michael Blaschko,

Geschäftsführer Bilfinger und Berger;

Michael Knipper, Hauptgeschäftsführer

Hauptverband Deutsche Bauindustrie;

Hans-Martin Peter, Präsident Industrieverband

Steine und Erden Baden-Württemberg e. V.;

Die Finanzwelt wird u.a. vertreten durch:

Südwestbank AG,

Dr. Peter Baumeister, Aufsichtsratsvorsitzender;

Landeskreditbank Baden-Württemberg,

Christian Brand, Vorstandsvorsitzender;

Deutscher Sparkassen- und Giroverband,

Heinrich Haasis, Präsident;

Landesbank Baden-Württemberg,

Siegfried Jaschinski, Vorstandsvorsitzender;

Baden-Württembergische Bank,

Joachim E. Schielke, Vorstandsvorsitzender;

Sparkassenverband Baden-Württemberg,

Peter Schneider, Präsident;

Deutsche Bank AG, Willhelm Haller von Hallerstein,

Mitglied der Geschäftsleitung.

Aus einer Pressemitteilung von Gangolf Stocker, Sprecher von Leben in Stuttgart – Kein »Stuttgart 21«, vom Oktober 2006



■ DIE INTERESSEN HINTER DEM PROJEKT »STUTT GART 21«

»Das Mega-Milliarden-Ding«

In dem Artikel, »Das Mega-Milliarden-Ding«, erschienen am 24.10.1993 in »Focus«, heißt es, dass das 41.000 km lange Schienennetz als Immobilie pures Gold sei. Voraussetzung sei, dass die Gleisschneisen in den Städten raffiniert umgebaut würden. Der kapitalschwachen Bahn erschließe die intelligente Gleisverpackung eine gigantische Geldquelle. Vorsichtig bilanziert dürften die erschließbaren Flächen (Bahnhöfe und Brachland) über den Gleisen einen Marktwert zwischen 35 und 40 Milliarden Mark repräsentieren. Auf sich allein gestellt könne der Bahndamm jedoch nicht zur Goldgrube werden. Dazu sei es erforderlich, dass alle – Investoren, Städtebauer, Gemeinden und Parlamente – an einem Strang zögen.

In der Stuttgarter Innenstadt gibt es wenig freie Flächen, die bebaut werden können. Durch die Tieferlegung der Bahnanlagen entstehen zusätzliche Freiflächen. Nach Recherche der Stuttgarter Zeitung (Sonderbeilage vom 25.09.2010) sehen viele »im *Stuttgarter Rathaus (...)* in dieser städtebaulichen Vision die eigentliche Jahrhundertchance von Stuttgart 21.« So könnten insgesamt 109 Hektar neu bebaut werden. Nach Auffassung des Oberbürgermeisters Wolfgang Schuster entstünden »11.000 Wohnungen und Gewerbe mit 20.000 Arbeitsplätzen (...) in der neuen City.« Dr. Klaus Vogt, Leiter der Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt Stuttgart, stellt im »Investoren Service« März 2010 fest, dass Renditejäger, die 2009 in anderen europäischen Ländern größere Gewinne erwarteten, 2010 zurückkehrten und der Focus auf dem Stadtentwicklungsprojekt »Stuttgart 21« liege.

Unter dem Titel »Monopoly 21 – Die Strategie der Investoren« (Stern 13.10.2010) recherchiert Arno Luik, dass »S21« für seine Investoren in erster Linie ein Immobilienprojekt sei. Danach sollen auf dem freiwerdenden Bahngelände Investitionen in Höhe von zehn Milliarden € in Büros, Wohnhäuser, Einkaufszentren investiert werden. Einer der größten Investoren ist der ECE-Konzern. Dieser will ge-

meinsam mit dem Baukonzern Strabag und der bayrischen Bau- und Immobiliengruppe ca. 500 Millionen Euro in ein 43.000 qm großes Einkaufszentrum investieren. Der ECE-Chef Alexander Otto gründete vor einigen Jahren die Stiftung »Lebendige Stadt«. Dieser Stiftung gehörten kürzlich noch die Umweltministerin Baden-Württembergs, Tanja Gönner, und der Stuttgarter Oberbürgermeister an. Frau Gönner lässt die Mitgliedschaft seit Anfang Oktober 2010 ruhen und der OB trat im September 2010 aus dem Beirat der Stiftung zurück, »um jeglichen Anschein eines Interessenkonflikts zu vermeiden«.

Die Stadt Stuttgart kaufte 2001 Gleisgrundstücke für 459 Mill.Euro. Noch ist jedoch weitgehend offen, wie die Bebauung insgesamt gesehen aussehen soll. Mit der Bebauung kann erst begonnen werden, wenn die Bahn unter der Erde ist – also in elf bis 13 Jahren.

Die Kritiker gehen davon aus, dass bei einem Grundstückpreis in der Stuttgarter Innenstadt von mehr als 1.000 Euro pro Quadratmeter nur zahlungsfähige Investoren – wie Banken und Versicherungen – sich dies leisten könnten. Sie befürchten, »dass hinter dem Hauptbahnhof eine zwar neue, aber gesichts- und leblose Innenstadt aus dem Boden wächst«.

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) und die Handwerkskammer (HWK) Region Stuttgart stehen voll und ganz zu dem Bahnprojekt und der Neubaustrecke nach Ulm. »Beide Präsidenten wiesen darauf hin, dass sich das Projekt auch materiell lohnt: während der Bauphase und danach könnten tausende Arbeitsplätze entstehen. Experten hätten errechnet, dass eine zusätzliche Wertschöpfung von jährlich 500 Millionen Euro entstehen könne und »Stuttgart 21« somit einen erheblichen volkswirtschaftlichen Nutzen haben werde.« (IHK Region Stuttgart, www.stuttgart.ihk24.de vom 04.11.2010) Über diese zusätzliche Wertschöpfung werden sich vorwiegend Baufirmen und die Banken als deren Investoren erfreuen. Die Verfechter von »S21« sind

durch ihre Geschäftsinteressen zusammengeschweißt. Ihr Plan geht nur auf, wenn die Bahn samt Bahnhof unter die Erde kommt – koste es, was es wolle-, damit über der Erde Bauflächen frei werden. Aus diesem Grund kann keiner ausscheren, weil dann das ganze Projekt zu Fall gebracht würde.

Die oberirdische Realisierung von »K21« würde ihre Vorstellungen zunichte machen. Deswegen können die Befürworter trotz aller Widersprüche bei der Verkehrsführung und den aus dem Ruder laufenden Kosten nicht sachlich auf die kostengünstigere Alternative »K21« eingehen und müssen das Projekt »S21« durchboxen. ■

Fahrzeitverkürzung? – Schein und Wirklichkeit

»Ein Durchgangsbahnhof hat grundsätzlich und systembedingt eine höhere Leistungsfähigkeit ... Zukünftig acht statt heute nur fünf Zu- und Abfahrtsgleise ermöglichen mehr Zugfahrten pro Tag ... Das neue System ist flexibler ...«¹ Das klingt im ersten Moment einleuchtend. Man stellt sich vor: Durch acht Röhren fließt in der gleichen Zeit mehr Wasser als durch sechs. Und warum müssen 16 Bahnsteige sein, so wie heute im Kopfbahnhof, wenn es doch auch acht tun, die schneller angefahren und geräumt werden können?

Aber ein Bahnhof ist eben nicht nur ein Ort, an dem Züge möglichst schnell durchfahren, sondern er soll den Passagieren der Züge vor allem das Aus-, Ein- und Umsteigen ermöglichen. Es geht also nicht allein um die »Fließgeschwindigkeit« des Zugverkehrs, sondern auch darum, möglichst gute Verbindungen herzustellen und Anschlüsse zügig zu erreichen – im Fernverkehr ebenso wie zwischen Fern- und Nahverkehr.

Der Mathematiker Wolfgang Hesse kritisiert, dass die vorgelegten Kapazitätsberechnungen zugunsten von Stuttgart 21 »... wesentliche Grundsätze der Fahrplan-

gestaltung außer Acht lassen. Die Züge sollten nicht dann fahren, wenn zufällig Bahnsteigkanten frei sind, sondern wenn sie im Sinne eines optimal verknüpften Fahrplans gebraucht werden. ... Das heutige Verkehrsaufkommen in Stuttgart kann von einem 8-gleisigen Durchgangsbahnhof nur mit einem völlig veränderten Fahrplankonzept bewältigt werden: Beim Fernverkehr muss man auf einige Umsteigeverbindungen verzichten und den Regional- und Nahverkehr auf durchgebundene Züge umstellen. Diese laufen aus einer Richtung (z. B. Würzburg) in den Hauptbahnhof ein, halten dort kurz (2 – 3 Minuten) und fahren dann in gleicher Richtung (z. B. nach Singen) weiter. So ist es auch in den bisher bekannt gewordenen Plänen der Bahn vorgesehen. Das hat aber zwangsläufig zur Folge, dass Anschlüsse nur zufällig und – wenn überhaupt – nur in einer Verknüpfungsrichtung erreicht werden können. ... Im Schnitt können also ca. 50 Prozent der gewünschten Anschlüsse nicht hergestellt werden – auf die Passagiere kommen unter dem Strich deutlich verlängerte Umsteige- und Wartezeiten zu.«²

1 Aus: »21 gute Gründe für Stuttgart 21«, Hrg. Deutsche Bahn, Land Baden-Württemberg, Stadt Stuttgart, 2. Aufl. Sept. 2010 S. 5

2 Prof. Dr. Wolfgang Hesse in einem Beitrag in »Stuttgart 21 – oder: Wem gehört die Stadt?«, PapyRossa-Verlag 2010

Nach der Schlichtung – zurück auf Anfang?

Die Bewertung des Schlichterspruchs von Heiner Geißler am 1. Dezember könnte unterschiedlicher kaum sein:

»Man konnte den Eindruck gewinnen, die sechswöchige Schlichtung hätte gar nicht stattgefunden.« So fasste Rüdiger Soldt (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.12.2010) die Kommentare von Stuttgart 21-Befürwortern und -Gegnern nach Abschluss der Gespräche zusammen.

Der baden-württembergische CDU-Ministerpräsident Stefan Mappus sieht sich – wie zu erwarten war – durch die Schlichtung gestärkt, die Gegner geschwächt: »Ich bin aber sicher, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung wie die Landesregierung den Schlichterspruch akzeptiert«, äußerte er sich am Tag darauf.

Eine »Schlichtungsfarce« nennt dies der linke Verkehrs- und Bahnexperte Winfried Wolf (Mitautor des Buches »Stuttgart 21 – oder wem gehört die Stadt?«). In einem Beitrag für die »junge welt« (2.12.2010) warnt er davor, die Schlichtung als Teilsieg der Projektgegner anzusehen.

Heiner Geißlers Einsatz für die Macht des Parlaments

Selbstverständlich hat das Schlichtungsverfahren Konsequenzen für den Widerstand gegen Stuttgart 21. Diese werden nicht zuletzt davon abhängen, wie die Bewegung die Entscheidung des Schlichters für den modifizierten Tiefbahnhof (»S21 plus«) politisch verarbeitet.

Heiner Geißler ist von den parlamentarischen Kräften ins Spiel gebracht und durchgesetzt worden; den Grünen,

der CDU und der SPD. Der Konflikt sollte auf technische und ökonomische »Sachfragen« reduziert und damit entpolitisiert werden. Außerdem sollte das Verfahren Bruchstellen im Lager des Aktionsbündnisses sichtbar werden lassen, um so den Widerstand zu spalten.

Der völlig überzogene Polizeieinsatz am 30. September, der die Baumfällungen am darauf folgenden Tag im Stuttgarter Schlossgarten vorbereitete, hatte das Aktionsbündnis¹ politisch gestärkt. Insbesondere die CDU hatte allen Anlass, negative Auswirkungen auf die kommende Landtagswahl im März 2011 zu befürchten. Aber auch Grüne und SPD suchten Wege, um einen Ausgleich mit der außerparlamentarischen Oppositionsbewegung zu erreichen. Stefan Mappus sagte, die Grünen hätten Heiner Geißler als Schlichter genannt, das habe in der CDU nicht allen gefallen, aber er habe ihn dann für die Aufgabe gewonnen.

Geißler hatte von allem Anfang an klar gemacht, dass er die parlamentarische Beschlussfassung für »S21« respektiert. Sein Einsatz als Schlichter war nicht darauf gerichtet, die Kompetenzen des Landesparlaments und der Regierung zu ersetzen. Ihm ging es, wie er wiederholt erklärte, darum, die Bürger einzubeziehen, die bereits vorhandenen Instrumente der Bürgerbeteiligung bei Großprojekten nicht nur

1 Dem Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 gehören an: Bündnis 90 Die Grünen; BUND; Leben in Stuttgart – kein Stuttgart 21; VCD Verkehrsclub Deutschland; Architektur-Forum Baden-Württemberg; Pro Bahn Fahrgastverband; Parkschützer; Die Linke; GewerkschafterInnen gegen Stuttgart 21.



die sich hinter den Regierungen von Stadt, Land und Bund verbergen, andererseits. Das Lager des Aktionsbündnisses ist nicht gespalten worden. Die gemeinsame Erklärung vom 30. November 2010 zum Schlichterspruch lässt die Bereitschaft der Beteiligten zur weiteren Mobilisierung gegen den Weiterbau und für den Kopfbahnhof erkennen. Zugleich wird deutlich, dass innerhalb des Bündnisses weiterhin unterschiedliche politische Interessen existieren, dass insbesondere die Parteienvertreter die Landtagswahl und ihr Abschneiden dort im Sinn haben, während den eher plebiszitären Organisationen, insbesondere den Parkschützern und »Leben in Stuttgart!«, solche Rücksichten weniger nahe liegen.

Der Schlichterspruch Heiner Geißlers ist gegenwärtig nur Papier – für beide Seiten, Befürworter wie Gegner von »S21«. Seine Umsetzung steht in den Sternen. Ob und in welcher Form der Konflikt um »Stuttgart 21« sich noch bis zur Landtagswahl in Baden-Württemberg hinziehen wird, ob sich Perspektiven eröffnen, den Bahnhofsneubau doch noch zu verhindern, wird sich zeigen. Indem der Schlichtungsspruch in der Öffentlichkeit die eindeutige Positionierung für oder gegen »Stuttgart 21« zugunsten eines fiktiven Kompromisses »Stuttgart 21 plus« aufweicht, sind die Kampfbedingungen für die Befürworter von »Kopfbahnhof 21« schwieriger geworden.

4. 12. 2010 ■

formal, sondern tatsächlich anzuwenden. In dieser Forderung traf er sich auch mit den Oppositionsparteien. Ziel dieser Verfahrens-Demokratie ist die Stärkung der Macht der Parlamente, nicht deren Schwächung oder gar die Teilung der Macht mit »der Straße«.

Heiner Geißlers Schlichtungsshow

Mit Ausnahme der Parkschützer nahm die organisierte Opposition gegen »S21« an der Schlichtung teil. Dafür gab es gute Gründe: Die Sitzungen erhielten durch live-Übertragungen im Fernsehen eine außergewöhnliche Publizität, die regionale und überregionale Presse berichtete ausführlich. Das erlegte allen Beteiligten, Befürwortern wie Gegnern von »S21«, gewisse Zwänge auf: Wer unter solchen Bedingungen wenig kompromissbereit oder gar aggressiv auftritt, sieht schlecht aus; ein geschickter Moderator wie Heiner Geißler hat großen Einfluss auf den Verlauf der Sitzungen. Kurz: Die Sitzungen der Schlichtungsrunde waren für das Aktionsbündnis ebenso Teil des öffentlichen Kampfes und des Kampfes um die Öffentlichkeit wie die Aktionen vor dem Bauzaun am Stuttgarter Hauptbahnhof. Es hat im Wesentlichen die Möglichkeiten ausgeschöpft, die das Verfahren bot, indem es die Schwächen des Projektes herausstellte, insbesondere im Hinblick auf die Projektfinanzierung und die bahntechnische Leistungsfähigkeit. Es hat die Grenzen der Schlichtungsshow nicht überschreiten können, die dort liegen, wo die Interessen der Beteiligten unmittelbar gegeneinander gerichtet sind.

Geißler hat versucht – und auch dies ist nicht wirklich überraschend – den Ausgang des Verfahrens und seinen Schlichterspruch als Kompromiss in der Öffentlichkeit darzustellen. Aber der Sache nach war und ist ein Kompromiss nicht möglich. Damit ist die Ausgangslage wieder gegeben – mit der Einschränkung, dass sich nun herausstellen wird, wie die mit der Schlichtung verbundene Kampagne in der Bevölkerung Stuttgarts und der Region politisch wirkt. Insoweit ist es jetzt eine neue Situation und es ist nicht »zurück auf Anfang«.

Die tatsächlichen gesellschaftlichen Kräfte in der Auseinandersetzung, das sind nach wie vor die Demonstrierenden in Stuttgart einerseits und die Profiteure von »S21«,

Der Schlichterspruch (Auszüge im Wortlaut)

»Ich kann den Bau des Tiefbahnhofs nur befürworten, wenn entscheidende Verbesserungen an dem ursprünglichen Projekt vorgenommen werden. In der Schlichtung ist auch noch einmal klargestellt, dass der Tiefbahnhof nur dann einen Sinn hat, wenn gleichzeitig die Neubaustrecke zwischen Ulm-Wendlingen verwirklicht wird. ... Was ich jetzt vortrage, halten beide Seiten für notwendig...: Die durch den Gleisabbau freierwerdenden Grundstücke werden der Grundstücksspekulation entzogen und daher in eine Stiftung überführt, in deren Stiftungszweck folgende Ziele festgeschrieben werden müssen: Erhaltung einer Frischluftschneise für die Stuttgarter Innenstadt. Die übrigen Flächen müssen ökologisch, familien- und kinderfreundlich, mehrgenerationengerecht, barrierefrei und zu erschwinglichen Preisen bebaut werden.

Die Bäume im Schlossgarten bleiben erhalten. Es dürfen nur diejenigen Bäume gefällt werden, die ohnehin wegen Krankheiten, Altersschwäche in nächster Zeit absterben würden. Die Gäubahn bleibt aus landschaftlichen, ökologischen und verkehrlichen Gesichtspunkten erhalten und wird leistungsfähig an den Tiefbahnhof angebunden... Im Bahnhof selber wird die Verkehrssicherheit entscheidend verbessert... Für das Streckennetz sind folgende Verbesserungen vorzusehen: Erweiterung des Tiefbahnhofs um ein 9. und 10. Gleis, zweigleisige westliche Anbindung des Flughafen-Fernbahnhofs an die Neubaustrecke, zweigleisige und kreuzungsfrei angebundene Wendlinger Kurve, Anbindung der bestehenden Ferngleise von Zuffenhausen an den neuen Tunnel von Bad Cannstatt zum Hauptbahnhof. ...

Die Deutsche Bahn AG verpflichtet sich, einen Stresstest für den geplanten Bahnknoten Stuttgart 21 anhand einer Simulation durchzuführen. Sie muss dabei den Nachweis führen, dass ein Fahrplan mit 30 Prozent Leistungszuwachs in der Spitzenstunde mit guter Betriebsqualität möglich ist. ...«

Gewerkschaftsvorstände ignorieren Beschlüsse

Die öffentlichen Diskussionen über das Milliardenprojekt, dessen Kostenexplosion, die Ignoranz der Politik, ein Bürgerbegehren abzulehnen, die Montagsdemonstrationen und die Tatsache, dass in Stuttgart für wichtige bildungspolitische, soziale oder Infrastrukturvorhaben das Geld fehlt, führte dazu, dass in den Gewerkschaften, die das Projekt unterstützten, eine kritische Diskussion aufgenommen wurde.

Sie führte dazu, dass die DGB-Region Nordwürttemberg im Oktober 2009 mit knapper Mehrheit die Ablehnung des milliardenteuren Bahnprojekts »Stuttgart 21« (S21) beschloss. Sie beschloss damit, dem Bündnis gegen »S21« beizutreten. Dieser Antrag wurde von dem ver.di-Bezirk Stuttgart eingebracht. Ver.di entschied sich bereits 2007 gegen das Bauprojekt. Dieser Beschluss war für den scheidenden DGB-Landeschef Rainer Bliesener, der Mitglied im »Unterstützerkreis für Stuttgart 21« war, eine empfindliche Niederlage. Der DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg beschloss am 30. Januar 2010 mit großer Mehrheit, dem Bündnis gegen »S21« beizutreten und den Widerstand gegen dieses Projekt zu unterstützen. Die Delegiertenversammlung der IGM Stuttgart beschloss am 27. Februar 2010, den Beschluss des DGB-Landesbezirks von Januar zu übernehmen und ebenfalls dem Bündnis gegen »S21« beizutreten. Im gleichen Zeitraum beschlossen weitere Untergliederungen in der IG Metall, »S21« abzulehnen und dem Bündnis beizutreten.

Die Landesleitungen von IG BCE, Transnet, IG BAU, GdP und allen voran die IGM-Bezirksleitung unter Jörg Hofmann ignorierten diese mehrheitlich gefassten Beschlüsse. (Jörg Hofmann hat besondere Interessen. Er ist im Kommunikationsbeirat für »Stuttgart 21« tätig.) Sie hindern den DGB-Landeschef Nikolaus Landgraf daran, den Beschluss des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg auch in die Tat umzusetzen. Von innergewerkschaftlicher Demokratie kann hier nicht die Rede sein!

Etliche Gewerkschafter und Betriebsräte aus IG-Metall, ver.di, GEW und IG Bau schlossen sich am 21. April 2010 unter der Plattform »Gewerkschafter gegen Stuttgart 21« zusammen (<http://gewerkschaftergegens21.de>). Sie wollen u.a. die Gewerkschaften im Land, die sich im DGB, in vielen Einzelgewerkschaften und Gliederungen inzwischen klar gegen »S21« positioniert haben, unterstützen und dafür sorgen, dass aus Worten und Beschlüssen auch Taten werden. Die KollegInnen stoßen mit ihrem Anliegen jedoch auf Granit. Die mehrheitlich beschlossene gemeinsame Front des DGB gegen das Bauprojekt kommt bisher nicht zustande.

Eine wesentliche Rolle dürfte dafür spielen, dass die Gewerkschaften mit Mitgliedern in den am Bau beteiligten Firmen der versprochenen Arbeitsplätze wegen kein Interesse haben, auf Konfrontationskurs zu gehen. Hier dürfte es sich wesentlich um die IG BAU handeln. Die anderen Gewerkschaften, ver.di und GEW, dürften in dieser Frage am wenigsten tangiert sein. Bei ihnen ist eher der Fall, dass die Mitfinanzierung des Baus durch die Stadt Stuttgart und das Land Einschnitte in ihrem Organisationsbereich mit sich bringen könnte: durch Stellenkürzungen oder haushaltsbedingte Kürzungen bei kommunalen Dienstleistungen, etwa in der sozialen Daseinsvorsorge.

Die IG-Metall ist in sich zerrissen. Sie kritisiert das Projekt auch, überlässt es jedoch dem einzelnen Mitglied, ob es sich an den Demonstrationen beteiligt. Ursache für die

se Zurückhaltung dürfte hier der Einfluss der SPD auf die Gewerkschaftsfunktionäre sein. Schließlich ist die SPD, in der auf lokaler Ebene ebenfalls eine Diskussion über Sinn und Unsinn des Projekts in Gang gekommen ist, Befürworter des Projekts. SPD und DGB setzen in ihrer trauten Gemeinsamkeit auf den Bürgerentscheid, dessen Zustandekommen allerdings ungewiss ist.

Eine nicht unwesentliche Rolle für das sozialdemokratische Lager spielt auch der »Heiße Herbst« des DGB. Die Stoßrichtung ist ja für eine »andere Politik« in Berlin. Es ist völlig abwegig zu denken, dass damit ein Politikwandel der bestehenden Koalition gemeint ist. Gemeint ist Ablösung der konservativen Koalition durch eine Neuauflage von Rot-Grün.

Ein gemeinsames Vorgehen mit den Gegnern von »S21« verbietet sich somit, wollen es sich große Teile des DGB doch nicht mit der »in sich gegangenen SPD auf Bundesebene« verderben. Dies wird auch bestimmender Grund dafür sein, dass der DGB den Gegnern von »S21« kein Rederecht auf der Demonstration am 13. November 2010 einräumte. Jürgen Klose vom DGB-Landesbezirk räumte ein, dass es große Gemeinsamkeiten mit den Gegnern von »S21« gebe. Er brachte die Ablehnung aber auf den Punkt: »Wir wollen aber nicht, dass diese Frage bei der Hauptkundgebung am Samstag ein so großes Gewicht bekommt.«

Die Gegner von »S21« hingegen riefen zur Kundgebung des DGB auf. Sie verzichteten auf eigene, parallel stattfindende Aktionen. Die Gewerkschafter gegen »S21« riefen zur Teilnahme an der DGB-Demonstration und anschließender Demonstration gegen »Stuttgart 21« auf. Der DGB-Landesvorsitzende Nikolaus Landgraf machte in seiner Rede auf der DGB-Demonstration deutlich, dass viele nicht wüssten, dass der DGB als Dachverband aller Gewerkschaften die Aktionen des Aktionsbündnisses gegen »Stuttgart 21« unterstütze. Mit dieser eindeutigen Stellungnahme gegen »Stuttgart 21« hat er die mehrheitliche Position des DGB einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Er unterstützte damit die nicht gewerkschaftlich gebundenen Gegner von »S21«. Diese nahmen die gegen das Projekt gefassten Beschlüsse der Gewerkschaften sehr wohl zur Kenntnis und setzten darauf, dass insbesondere die IG Metall sich klar gegen das Projekt ausspricht. Die Solidaritätsadresse von Frank Bsirske nahmen sie begeistert auf. Sie wissen aber auch, dass praktische Solidarität das Wesentliche ist. Dennoch, Frank Bsirske hat damit die Positionen der Gewerkschafter, die sich gegen das Projekt stellen, politisch gestärkt. ■



Die »Mitte der Gesellschaft« geht auf die Straße



Foto: Thomas Trueten/Umbruch Bildarchiv

Eine Forschungsgruppe vom Wissenschaftszentrum Berlin hatte TeilnehmerInnen an der Stuttgarter Montagsdemonstration vom 18.10.10 Fragebögen ausfüllen lassen und diese dann ausgewertet. In einem Kurzbericht (http://www.wzb.eu/aktuell/pdf/S21_kurzbericht.pdf) veröffentlichte sie die Ergebnisse zu der Zusammensetzung und den Motiven der Demonstrierenden.

Einige Ergebnisse werfen ein aufschlussreiches Licht auf eine Entwicklung, die die Verfasser als »eine generell sich abzeichnende Kluft zwischen Regierenden und Regierten« bezeichnen.

Auffallend ist zunächst, was die Zusammensetzung angeht, dass der Großteil der Demonstrierenden zwischen 40 und 64 Jahre alt ist und die Hälfte einen Hochschulabschluss hat. Über 90% gingen bei den letzten Bundes- oder Landtagswahlen wählen, wobei lediglich etwas mehr als 11% von ihnen die Linke gewählt hatten. Über die Hälfte sind in irgendeiner Form politisch aktiv, sei es in Kirchen, Umweltorganisationen oder Gewerkschaften. Man kann also sagen, dass der Kern der Demonstranten geradezu klassisches bürgerliches Mittelschichtmilieu repräsentiert, in die Gesellschaft integriert, berufstätig, gebildet und politisch interessiert oder aktiv. Der Stuttgarter Protest kommt also aus der Mitte der Gesellschaft, weshalb die Regierenden in Land und Bund es auch so schwer haben, ihn zu diffamieren und in die Extremistenecke zu rücken.

Dieser Befund wird bestätigt durch die Ergebnisse zum Demokratieverständnis der Protestierenden. Einerseits ist die übergroße Mehrheit mit dem »Funktionieren der Demokratie« unzufrieden (84%). So sind z.B. 97,3% der Ansicht, dass in der Politik viele Dinge im Verborgenen passierten, oder 80,7% sagen, dass die politischen Parteien nur an ihrer Stimme, aber nicht an ihren Ideen interessiert seien. Damit einhergehend beklagen viele Demokratiedefizite bei der Planung von »S21« und beim Umgang mit KritikerInnen.

Andererseits unterstützen viele nachdrücklich das parlamentarische System. Eine Antwort lautet: »Ich bin mehr denn je von einer repräsentativen Demokratie und der Verfassung überzeugt, befürchte aber, dass Demokratie [...] für Regierungsmitglieder und die große Mehrheit der Abgeordneten nur ein hohles Lippenbekenntnis [ist]«. Man wünscht sich die parlamentarische Demokratie ergänzt um das Korrektiv des Volksentscheids, »ein bisschen mehr Schweiz in Deutschland«. Dazu passt dann, dass bei den nächsten Bundestagswahlen 74,5% grün wählen wollen (2009 taten das 48,6%), und nur noch 2,4% eine der drei Parteien CDU, SPD, FDP (2009 taten das noch 32,1%).

Allerdings gibt es dann doch etwas, was nicht so recht zu diesem nachdrücklichen Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie passen will. Diese besagt ja, dass die Bürger ihre Vertreter wählen, die stellvertretend für sie entscheiden und sie letztendlich regieren. Der Bürger gibt sein politisches Mandat ab, damit andere sich um die Politik kümmern und er sich um seinen Alltag und seine Geschäfte. Dass die Protestierenden diesem Modell nicht mehr folgen, zeigen sie schon alleine dadurch, dass sie mehr oder weniger regelmäßig zu den Montagsdemonstrationen gegen »S21« hingehen, also anfangen, sich ihr politisches Mandat

»Und nun wollen ›die da unten‹ wissen, wer der Souverän ist, sie oder die ›politische Klasse‹, der sie nicht mehr glauben. ... Wer jetzt nicht mehr Demokratie wagt, wird sehr viel mehr Polizei brauchen.«

In diese Worte kleidete Altsozialdemokrat Erhard Eppler (SZ vom 25.10.2010) seine Befürchtungen angesichts der Auseinandersetzungen in Stuttgart. Er möchte »mehr Demokratie wagen«, um den Kapitalismus zu retten. Bei den Protesten im Wendland ließ die Bundesregierung vorführen, in welche Richtung die Reise gehen soll: Mehr Einsatzkräfte mit Unterstützung durch ausländische Polizisten und durch die Bundeswehr.

zurückzuholen. Aber noch mehr: 2/3 der Befragten geben an, dass sie entweder sich schon an »einer direkten Aktion (wie z.B. Blockade, Besetzung, ziviler Ungehorsam)« beteiligt hätten oder beteiligen würden. Hier drückt sich aus, dass das Prinzip der repräsentativen Demokratie, nämlich das eigene Nichthandeln und das stellvertretende Handeln anderer, praktisch nicht mehr akzeptiert wird. Obwohl die Regierungen in Baden-Württemberg und Berlin und die »S21«-Befürworter aus der Wirtschaft und anderswo immer wieder darauf verweisen, dass das parlamentarische Verfahren gelaufen und abgeschlossen und das Projekt damit hinreichend legitimiert sei, die Leute widersprechen ihnen, wenn sie auf die Straße gehen und sich wehren. ■



■ DIE BUNDESPOLITISCHE BEDEUTUNG DES PROJEKTES »S21«

Vom Unmut zum Widerstand

Dass wichtige Entscheidungen der Regierungen sowohl im Bund als auch in den Ländern auf breite Ablehnung in der Bevölkerung stoßen, ist nicht die Ausnahme, sondern schon zur Regel geworden: Rente mit 67, Gesundheitsreform, AKW-Laufzeitverlängerung, Afghanistan-Einsatz – diese Liste ließe sich leicht um etliche Themen erweitern. Schon seit Monaten verlieren CDU/CSU und FDP in den Meinungsumfragen, SPD und Linkspartei stagnieren, während die Grünen sich als Gewinner des angewachsenen Unmuts sehen können. Vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Stimmungslage eskalierte der Konflikt um »Stuttgart 21«, als die ersten Abrissbagger am Bahnhof auftauchten. Die Gegner des Projektes wollten nicht tatenlos zusehen, wie die Landesregierung und die DB AG vollendete Tatsachen schaffen. Die Zuspitzung der Auseinandersetzung, die Hartnäckigkeit des Protestes und die wachsende Beteiligung breiter Bevölkerungsteile verliehen dem Widerstand in Stuttgart bundesweite Bedeutung. Zwei Vorgänge verdeutlichen dies:

1. Die Parteinahme der Bundeskanzlerin – Merkel verteidigte »S21« nicht nur als gemeinsames Projekt von Bund, Land und Kommune, sie konnte auch ihren Parteifreund Mappus »nicht im Regen stehen lassen«. Angesichts sinkender Umfragewerte und der miserablen öffentlichen Darstellung ist die Bundeskanzlerin auf die Geschlossenheit der Unionsparteien angewiesen. Möglicher Kritik aus den eigenen Reihen oder Querschüssen aus den von der CDU regierten Bundesländern muss Merkel vorbeugen.
2. Der missglückte Versuch am 30. September mit Hilfe von Polizeiknüppeln, Pfefferspray und Wasserwerfer die Protestbewegung in Stuttgart zu kriminalisieren und zu spalten – der Einsatz ging nach hinten los. Die Bilder von verletzten SchülerInnen und von älteren Menschen,

die sie vor der Brutalität der Polizeihundertschaften zu schützen versuchten, sorgten bundesweit für Empörung. Die Zahl der Demonstranten nahm angesichts dieser Ereignisse nicht ab. Fast 100.000, doppelt soviel wie zuvor, beteiligten sich an der folgenden Großdemonstration in Stuttgart.

Damit scheiterte zugleich die Strategie von Ministerpräsident Mappus. Angesichts eskalierender Auseinandersetzungen auf der Straße wollte er sich als Garant von Law und Order präsentieren, um bei den kommenden Landtagswahlen am rechten Wählerrand fischen zu können. Die Landesregierung musste stattdessen zurückrudern. Allein mit dem Einsatz des staatlichen Gewaltmonopols ließ sich der Protestbewegung nicht beikommen. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wurden nun in einer »Schlichtung« die Argumente für und gegen ein parlamentarisch längst abgesegnetes Projekt erörtert. Dabei unterschieden sich die vom Schlichter Heiner Geißler geführten Gespräche deutlich von den zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden üblichen Schlichtungsverfahren. Die Sitzungen waren öffentlich und wurden auch im Fernsehen übertragen. Es wird schwieriger über die Köpfe der Beteiligten hinweg den Konflikt beizulegen, zumal sich die gegensätzlichen Interessen kaum mit einem Kompromiss beilegen lassen. Für die Dauer der Schlichtung haben die »S21«-Gegner einen zwar nicht vollständigen, aber weitgehenden Baustopp durchsetzen können.

CDU/CSU und FDP für »Stuttgart 21« um jeden Preis

Die Landes- wie auch die Bundesregierung erhoffen sich von den Schlichtungsgesprächen »eine Beruhigung der Gemüter« und ein Abflauen der Protestbewegung. Sie kalku-

lieren darauf, dass sie Anfang nächsten Jahres mit weniger Widerstand die Bauarbeiten fortführen und bis zur Landtagswahl im März vollendete Tatsachen schaffen können. In der Sache bleiben sie unnachgiebig. CDU/CSU und FDP haben den Konflikt zu einer Grundsatzfrage erhoben. Wenn einmal parlamentarisch gefasste Beschlüsse unter dem Druck der Straße zurückgenommen würden, dann seien Großprojekte dieser Art nicht mehr möglich – die Demokratie selbst sei in Frage gestellt. Hinter dieser Argumentation steckt natürlich eine gehörige Portion Demagogie, sie entspricht aber zugleich dem Selbstverständnis der Politiker in den Regierungsparteien. Bundeskanzlerin Merkel brachte dieses Demokratieverständnis zum Ausdruck, als sie die Landtagswahl in Baden-Württemberg zur eigentlichen Abstimmung über »Stuttgart 21« erklärte.

Die Botschaft war klar: Weder eine außerparlamentarische Bewegung noch eine Schlichtung mit den Sprechern der Protestbewegung, sondern allein die Parlamentarier sind befugt, Entscheidungen über »S21« zu treffen. Die Mehrheit von CDU und FDP im Landtag lehnten folgerichtig den Antrag der SPD nach einer Volksbefragung ab. Vertreter, die einen flexibleren Umgang mit den entstandenen Konflikten einfordern und dadurch die Akzeptanz in der Bevölkerung gegenüber ihren parlamentarischen Vertretern fördern wollen, bleiben einflusslose Randfiguren, wie der Schlichter Heiner Geißler in der Union.

Ob die Kalkulation auf eine Beruhigung der Lage aufgeht, das wird die Zukunft zeigen. Der erhoffte Effekt, die Bewegung spalten zu können, ist zunächst nicht aufgegangen. Unter den Projektgegnern war die Teilnahme an der Schlichtung umstritten, da der Sache nach ein Kompromiss nicht möglich ist und manche befürchteten, dass der Widerstand geschwächt bzw. gespalten werden könnte. Andere – vor allem aus dem Lager der Grünen und von attac – fürchteten, politisch isoliert zu werden, wenn sie sich den Gesprächen verweigerten. Die Sache ging so aus, dass die »Parkschützer« sich nicht an den Gesprächen beteiligten, dass aber dadurch keine Spaltung der Protestbewegung entstand.

Die SPD zwischen allen Stühlen – Opposition als Absicherung der Regierungspolitik

Die Auseinandersetzungen in Stuttgart machen das Dilemma der SPD sichtbar. In Baden-Württemberg zählt die Partei zu den eindeutigen Befürwortern von »S21«. Über ihre Bürgermeister im Ländle als auch über ihren Einfluss in der IG Metall stützte sie aus der Opposition heraus das Prestigeobjekt. Die – im Angesicht der Proteste – aus partei- und wahltaktischen Überlegungen heraus formulierte Kritik am Vorgehen der Landesregierung bleibt unglaubwürdig. Dementsprechend wird auch ihr Antrag nach einer Volksbefragung bewertet. Die SPD sagt »jein«, in der Sache hat sie keinen Kurswechsel vollzogen. Dabei dient der Vorschlag einer Volksbefragung auch dazu, die innerparteilichen Differenzen in der Sache nicht austragen zu müssen. Denn nach den massiven Protesten der Bevölkerung haben sich auch etliche SPD-Ortsvereine gegen das Projekt gestellt.

Das Bild der SPD auf bundespolitischer Ebene gleicht dem in Baden-Württemberg. Von den Regierungsbeschlüssen zur Laufzeitverlängerung für AKWs kann die SPD nicht profitieren. Der Beschluss zum Ausstieg aus der Kernenergie durch die Schröder-Regierung wird zu Recht den Grünen als Erfolg zugeschrieben. Als Ergebnis sozialdemokratischer Regierungstätigkeit bleibt die mit den Hartz-Gesetzen verbundene Deregulierung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsverhältnisse, die immer mehr Menschen auf das soziale Abstellgleis geschoben haben. Mit ihren

Forderungen nach kosmetischen Korrekturen in der Sozialpolitik bietet die SPD keine Alternative zur schwarz-gelben Koalition. Ihren Ruf als »Anwalt der kleinen Leute« hatte sie schon während der Regierungszeit von Schröder verloren. Sie wollte die im Interesse des Kapitals notwendigen Einschnitte bei den sozialen Sicherungssystemen nicht dem politischen Gegner, den Konservativen, überlassen. Dieser Linie ist die SPD seither treu geblieben – zunächst als Juniorpartner in der großen Koalition und seit Antritt der schwarz-gelben Koalition in der Rolle der parlamentarischen Opposition. Nicht im Konflikt mit den Arbeitgeber- und Lobbyverbänden oder der amtierenden Bundesregierung, sondern mittels konstruktiver Zusammenarbeit versucht sie ihre Interessen und Vorstellungen geltend zu machen. Entscheidend für das Gewicht der SPD sind ihre Verbindungen zum DGB. Über die Vorstände bestimmt sie den Kurs der Gewerkschaften, die in der Krise noch enger mit dem Unternehmerlager zusammengedrückt sind und die Beschlüsse der Bundesregierung zur Bewältigung der Krise begrüßt und unterstützt haben. SPD und DGB bilden sowohl eine parlamentarische als auch – über ihren Einfluss auf die gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen – die wichtigste außerparlamentarische Stütze der Regierungspolitik. Daran ändern die in den vergangenen Wochen durchgeführten Protestaktionen des DGB nichts. Sie haben allenfalls symbolischen Charakter. Einen Kurswechsel in der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik oder den Auftakt für eine kämpferische Interessenvertretung stellen sie nicht dar.

Widerstand und Gewerkschaften vor Ort

So eindeutig wie auf der bundespolitischen Ebene fällt die Haltung der Gewerkschaften in Stuttgart selbst nicht aus. Zum einen gibt es zwischen den Gewerkschaften unterschiedliche Interessen und Stellungnahmen gegenüber »Stuttgart 21«, zum anderen sind auch die inneren Risse und Widersprüche angesichts des Widerstandes größer. Zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder beteiligten sich an den Protestaktionen, die Breite der Bewegung schlägt sich auch in den gewerkschaftlichen Gliederungen nieder. (siehe »Vorstände ignorieren Beschlüsse« auf Seite 7)

Wenn jeder dritte Demonstrant bei den Protesten gegen »Stuttgart 21« im öffentlichen Dienst beschäftigt ist, so hat das konkrete Gründe. Empört darüber, »dass die in friedlicher Absicht demonstrierenden Schülerinnen und Schüler von Innenminister Rech als »Gegner« bezeichnet und mit Wasserwerfern und Tränengas angegriffen wurden«, stellt der geschäftsführende Vorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) die mangelhaften Ausgaben für das Bildungswesen den immensen Summen entgegen, die dem Bahnprojekt zur Verfügung gestellt werden. Der ver.di-Vorsitzende Bsirske schickte der Protestbewegung in Stuttgart ein Grußwort, und Bernd Riexinger, ver.di-Geschäftsführer vor Ort, weist auf die erheblichen baulichen Mängel in Kitas und Krankenhäusern hin, die von den Beschäftigten und Bürgern ertragen werden müssen. Als Interessenvertreter der im öffentlichen Dienst Beschäftigten kann ver.di kein Interesse an Großprojekten haben, die zu Lasten der öffentlichen Haushalte gehen.

Wie breit die Kluft zwischen Worten und Taten bei gewerkschaftlichen Spitzenfunktionären ist, wurde auf der schon erwähnten Gewerkschaftskundgebung gegen die Sparpolitik der Bundesregierung in Stuttgart am 13. November deutlich. Als Hauptredner erklärte der IGM-Vorsitzende Huber: »Wir wollen keine Republik, in der mächtige Interessengruppen mit ihrem Geld, mit ihrer Macht und mit ihrem Einfluss die Richtlinien der Politik bestimmen.« Sprecher der Bewegung, die seit Monaten genau dagegen auf die

Straße gehen, erhielten vom DGB kein Rederecht. Die »Gewerkschafter gegen S21« und die »Parkschützer« zogen deshalb im Anschluss an die DGB-Kundgebung mit Tausenden zur Kundgebung »Kein »Stuttgart 21« – sozial geht anders« in den Schlossgarten. Hauptredner war der Geschäftsführer von ver.di Stuttgart und Landessprecher der Linken, Bernd Riexinger, der u.a. sagte: »Wie zynisch muss man sein, bei den Ärmsten einzusparen, während woanders Milliarden in die Erde eingegraben werden.« Parkschützerin Walburga Beyer sagte, bei den Bauarbeiten zu »Stuttgart 21« habe es Schwarzarbeit und Sozialversicherungsbetrug gegeben. Und weiter: »Um die viel zu niedrig angesetzten Kosten für das Prestigeprojekt zu erreichen, setzen Bahn und Politik auf Lohndumping und illegale Beschäftigung.«

Erfolge der Grünen im bürgerlichen Wählermilieu

Von den parlamentarischen Oppositionsparteien haben sich die Grünen und die Linkspartei auf die Seite der »S21«-Gegner gestellt. Sie unterstützen und beteiligen sich an den Protestaktionen. Nicht zu Unrecht versprechen sie sich davon Stimmengewinne bei den Landtagswahlen des nächsten Jahres. »Uns werdet ihr nicht los, wir euch schon«, mit diesem Transparent drückte ein Demonstrationsteilnehmer die weit verbreitete Stimmung innerhalb der Protestbewegung aus. Im März nächsten Jahres soll den Regierungsparteien ein Denktzettel verpasst werden und eine neue Landesregierung das Projekt »S21« endgültig begraben, so die Hoffnung vieler.

In etlichen Großstädten haben die Grünen SPD und CDU in den Meinungsumfragen eingeholt oder überflügelt. Sie sind dort auch für konservative Menschen wählbar geworden und gelten bei der CDU mittlerweile als koaliti-

onsfähig. Die Grünen sind zum parlamentarischen Auffangbecken für enttäuschte Wähler aus der »bürgerlichen Mitte« geworden, seit sie ihre »Geburtswehen« ablegten und zu einer verlässlichen, parlamentarischen Kraft zwischen Sozialdemokratie und Union wurden. Ihnen haftet nicht mehr der Geruch der Fundamentalopposition oder gar des Klassenkampfes an. Aber gerade wegen ihrer Herkunft aus den Bürgerinitiativen in den 80er Jahren wird den Grünen noch am ehesten zugetraut, dass sie an Stelle der üblichen Klientel-Politik die Belange der Bürger in den Vordergrund stellen. Auf der Bundesebene profitieren sie zusätzlich von den Protesten der Anti-AKW-Bewegung.

Der Zuspruch, den die GRÜNEN durch ihre Unterstützung des Widerstandes gegen »S21« erreicht haben, bereitet SPD und CDU angesichts der bevorstehenden Landtagswahl Kopfschmerzen. Schon bei der Kommunalwahl im Juni 2009 hatte sich der Protest gegen die Politik von »Stuttgart 21« ausgewirkt: Die Grünen sind mit 25,3 Prozent der Wählerstimmen stärkste Kraft im Stuttgarter Gemeinderat geworden, zum ersten Mal in einer deutschen Großstadt. Die Einwohner Stuttgarts antworteten so mit dem Wahlzettel auf die Auswirkungen neoliberaler Politik. Bei den Grünen finden sie eine Alternative innerhalb des Systems, bürgerlich, der repräsentativen Demokratie verpflichtet, aber mit weniger Abhängigkeiten von den Konzernen als bei der CDU. Sie sind bürgernäher, bekennen sich zum Volksentscheid und könnten noch was bewegen, glauben viele ihrer WählerInnen.

Zwar beteiligen sich die Grünen aktiv an den Protesten gegen »S21«, ihre Parteiführung will sich dennoch mögliche Optionen nach der Wahl nicht verbauen. Die Türen für mögliche Koalitionspartner, die bis auf die Linkspar-

Mit der Linkspartei zum grundlegenden Politikwechsel?

Aktuell wird in der Partei über den vorgelegten Programmentwurf diskutiert und gestritten. Im Zentrum der Debatte stehen nicht das Für und Wider, sondern die politischen Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung. Die Spitzen der ostdeutschen Landesverbände wehren sich vehement dagegen, ihre Regierungsbeteiligung durch irgendwelche Grundsätze in Frage stellen zu lassen. Da sie aber wegen ihrer Mitgliederstärke und ihrer Wahlergebnisse zu wichtig sind, wird es wohl zu keiner Festlegung für die Partei insgesamt kommen.

In Berlin wird deutlich, was dies im Verhältnis zur Bevölkerung und zu den Bürgerinitiativen bedeutet. Noch unter der großen Senatskoalition wurde die kommunale Wasserversorgung teilprivatisiert. Die entsprechenden Abkommen und Verträge mit den privaten Investoren (RWE und Veolia) wurden seither unter Verschluss gehalten. Die Vertreter der Linkspartei im Senat hielten sich an die Geheimhaltung. Ihnen blieb wohl letzten Endes auch nicht anderes übrig, wollten sie überhaupt als Koalitionspartner von der SPD akzeptiert werden.

Seit Jahren fordert der »Berliner Wassertisch« die Offenlegung der Geheimverträge. Das entsprechende Volksbegehren mit Unterstützung zahlreicher anderer Initiativen und politischer Gruppierungen war erfolgreich. Über 280.000 anerkannte Unterschriften konnten Ende Oktober übergeben werden, 170.000 wären notwendig gewesen. Der Senat trat die Flucht nach vorne an und veröffentlichte Teile der Geheimverträge. Mit diesem Vorseilen will er umgehen, den Wortlaut des Volksbegehrens nach der vorgeschriebenen Volksabstimmung umsetzen zu müs-

sen. »Der Senat mache sich nicht den ganzen Text des Volksbegehrens zu Eigen. Es erklärt Verträge, Beschlüsse und Nebenabreden für unwirksam, wenn sie nicht öffentlich gemacht werden. Deshalb können wir das nicht übernehmen«, sagte Wowereit. Das lässt den Schluss zu, dass weiterhin Teile des Vertragswerks geheim sind.« (aus: Berliner Wassertisch)

Zum Inhalt der Verträge nur folgendes: Sie garantieren den privaten Investoren hohe Renditen, die notfalls auch vom Senat, d.h. den Steuerzahlern ausgeglichen werden müssen. Die Folgen: Seit 2003 hat Berlin die höchsten Steigerungsraten bei den Wasserpreisen von allen deutschen Kommunen. Nicht die Regierungsbeteiligung durch die LINKE (damals noch PDS), sondern die Initiative und Aktivität des »Berliner Wassertisches« haben einen Politikwechsel in dieser Frage erzwungen.

Je näher die Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung rückt, desto niedriger werden die Hürden, die man sich selbst dafür stellt. Das gilt sicher auch für die westdeutschen Landesverbände. Die Kräfte, die aus marxistischer Sicht eine Regierungsbeteiligung ablehnen oder sich fragen, ob dies dem Klassenkampf und der außerparlamentarischen Bewegung dient, bleiben innerhalb der LINKEN eine kleine Minderheit. Und da auch eine Mehrheit unter den WählerInnen erwartet, dass sich die Linkspartei der »politischen Verantwortung« nicht entzieht, sind die Weichen in diese Richtung wohl längst gestellt. In Berlin befürwortete Wowereit nach eigenen Worten eine rot-rote Koalition auch, »um die PDS in der Regierungsverantwortung zu entzaubern«. Dies ist ihm gelungen!



tei alle Befürworter des unterirdischen Bahnhofprojektes sind, sollen nicht zugeschlagen werden. Boris Palmer, Tübinger Oberbürgermeister und Sprecher der GRÜNEN bei den »Schlichtungsgesprächen« mit Geissler, wurde von seiner Partei zurückgepfiffen, als er die klare Absage an »Stuttgart 21« auch für die Zeit nach der Landtagswahl bekräftigen wollte. Das erinnert an die Haltung von Claudia Roth oder Jürgen Trittin zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung. Damals kritisierten sie die Demonstrationen gegen die Castortransporte als überflüssig, heute präsentieren sie sich gerne vor den Kameras auf Sitzblockaden oder lenken auf Demonstrationen in Gorleben schon mal pressewirksam einen Traktor. Hätten sich die Bürgerinitiativen im Wendland damals den Empfehlungen der Grünen gebeugt und ihren Widerstand eingestellt, dann hätten die jüngsten Protestaktionen gegen die Atompolitik der Bundesregierung im Wendland wohl nicht stattgefunden, zumindest wären sie längst nicht so konsequent, massenhaft und vielfältig ausgefallen.

Die Linkspartei – zwischen außerparlamentarischem Protest und Wahlkampf

Die LINKE profitiert in den Meinungsumfragen weit weniger von der allgemeinen Stimmungslage und der Protestbewegung. Auch sie orientiert letztendlich auf den parlamentarischen Weg zur Verhinderung des Prestige-Objektes. Landessprecher Bernd Riexinger: »Jetzt heißt es, bei »Stuttgart 21« konsequent zu bleiben und die CDU nach 57 Jahren erstmals in die Opposition zu drängen. Wir haben die einmalige Chance, mit einem grundlegenden Politikwechsel in Baden-Württemberg »Stuttgart 21« zu stoppen.« Ohne wenn und aber müsse der Ausstieg aus S-21 vollzogen werden. Kleine Korrekturen am Milliardenprojekt seien keine Alternative dazu. Die LINKE werde in dieser Frage auch nach der Landtagswahl ihre Position halten, so das Versprechen der Partei. Merken die Sprecher der Linkspartei nicht, dass sie in das gleiche Horn blasen wie Merkel und Mappus – dass sie es ihnen erleichtern, ihre Demagogenrolle einzunehmen? Weil sich die Bundeskanzlerin und der Ministerpräsident ihre Entscheidungen »nicht von der Straße diktieren lassen« wollen, verweisen sie auf den parlamentarischen Weg und erklären die Landtagswahl zur Abstimmung über »Stuttgart 21«.

Abgestimmt wird aber nicht über »S21« sondern über die Zusammensetzung des Landtages. Dabei wird die Linkspartei aller Voraussicht nach gar nicht für die anstehende Regierungsbildung gebraucht. Und selbst als Koalitionspartner in einer zukünftigen Landesregierung wird sie keinen »grundlegenden Politikwechsel« durchsetzen. Denn über parlamentarische Wahlen lassen sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nicht entscheidend verschieben.

Wahlen sind ein Gradmesser für die politische Stimmung – sie entscheiden allenfalls darüber, welche Parteien in der nächsten Legislaturperiode die gesellschaftlichen Verhältnisse verwalten dürfen. Wie bei allen linken Parteien, deren Praxis auf eine möglichst breite parlamentarische Vertretung ausgerichtet ist, bleiben für das Tagesgeschäft die Eigentums- und Klassenverhältnisse ausgeblendet.

Für die Gegner von »Stuttgart 21« stellt sich die Frage, ob es gelingt den Widerstand aufrecht zu erhalten und auszuweiten oder ob die Protestbewegung abflaut in der Hoffnung, mit der Abwahl der CDU zugleich das Prestigeobjekt abzuwählen. Das würde den Befürwortern von »S21« Auftrieb verleihen. Denn hinter dem Projekt stehen nicht nur CDU und SPD in Baden-Württemberg. In der Initiative Pro »S21« sind neben der DB AG vor allem die einflussreichen Vertreter der lokalen Wirtschaft und Industrie vertreten. Schützenhilfe erhalten sie von hohen Gewerkschaftsfunktionären wie dem IGM-Bezirksleiter Jörg Hoffmann, Mitglied im »Kommunikationsbeirat für S21«. Hinter den Profiteuren des Milliarden-Projektes stehen neben der Bundesregierung auch die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft und Industrie. Die wissen, wie sie ihre Interessen bei Koalitionsverhandlungen und bei der Erarbeitung von Regierungsprogrammen durchsetzen können. 4.12.2010 ■



Foto: as/Umbruch Bildarchiv

Das Thema »Direkte Demokratie« durchzieht die Bewegung

Was in der Berichterstattung noch fehlt, ist vielleicht ein Grundgefühl, das meiner Ansicht nach den Stuttgarter Widerstand durchzieht: Am besten symbolisiert durch das Wort **Spätzle-Connection**.

Es stellt sich hier in Stuttgart mehr und mehr heraus (was wir alle schon ahnten), dass alle, die »S21« befürworten, mit allen zusammen schon mal am gleichen Tisch, beim Roschdbrade, saßen.

Und jetzt kann man sie erkennen: Wer dieses Projekt betreibt, scheint daran irgendwie zu verdienen.

Es bleibt ein unsicheres Gefühl: Weshalb wird das gemacht und wer verdient daran? Und dies wird uns irgendwie verheimlicht. Weil das Projekt so unsinnig ist.

Jeder überlegt, weshalb kann man einen Bahnhof so verquer unter die Erde verlegen? Da muss doch jemand daran verdienen und sonst gibt es eigentlich nur Verlierer.

Es ist so unlogisch! Und jetzt ist Schluss!

Die Betrogenen sind

- unsere Kinder (man schlägt sie nicht und überlässt ihnen nicht diese Zukunft)
- das Mineralwasser



Foto: Thomas Trueter/Umbruch Bildarchiv

- alte Bäume
- unsere Hügel (auf denen die Halbhöhenhäuser ins Wanken geraten könnten)
- das viele Geld der Steuerzahler für Null Effekt (erstaunlicherweise nicht unser schwäbisches Geld; ganz schäbig ist Mappus, der das Projekt will, weil Bundesgeld nach Baden-Württemberg kommt).

Widerstand deshalb auch, weil der Widerstand das Geld als Begründung gar nicht an erster Stelle hat, sondern weil die Pro-Seite immer nur alles wegen Geld macht und keine anderen Werte kennt. Und weil der Spätzle-Filz überall sitzt, nicht nur bei der Bahn, der Regierung, den großen Autofirmen und den Banken, sondern auch bei den regionalen Zeitungen und dem SWR.

Widerstand auch, weil er funktioniert, weil wir das können:

Weil Schwaben sich auch 30 Montage an der Montagsdemonstration mit nur 20 bis 50 Leuten treffen können. Weil sich schon seit Wochen regelmäßig immer 5 bis 10 Leute an vielen Stuttgarter Ecken treffen und den, zugegebenermaßen, albernen Schwabenstreich durchhalten. Weil die Stuttgarter Bewegung plötzlich begreift und sofort umsetzt, dass es eine Demokratie zwischen den zwei Kreuzchen im 4-Jahres-Takt gibt.

Die Bewegung wird wieder ruhen, aber nicht einschlafen.

Es wandeln sich zur Zeit die Menschen in dieser Stadt. Es wird geruhsame Zeiten geben, aber wie nach einem Parkschützer-Alarm werden plötzlich wieder alle da sein.

Und diese Erfahrung ist die erstaunliche: Die Radikalsten in der Bewegung sind die Alten, die nach dem demografischen Wandel immer mehr werden. Sie werden geschützt von den ganz Jungen (das sagt auch die Shell-Studie), den Schülern, im wörtlichsten Sinne: Schüler haben den Alten am 30. September die Augen ausgewaschen, Schüler haben die Alten aus dem Wasserstrahl gezogen bzw. die Kastanien aus der Hand genommen. Es gibt fast keine Studenten, wenig mittleres Alter.

Neue Medien, die von der Aufarbeitung durch kommerzielle Sender befreit sind, werden in der Breite benutzt: Jetzt und hier – Livefernsehen mit Videokamera und USB-Stick aus dem Bahnhof, Twitter, SMS-Alarm, Sendungen werden nach eigener Auswahl auf youtube empfohlen oder verworfen. Auch wissenschaftliche Abhandlungen bzw. Online-Zeitungsartikel zum Thema werden selektiv empfohlen und benutzt. Jeden Abend treffen sich bis zu 10 und mehr Arbeitsgruppen und Aktionskonferenzen zum Thema (Architekten gegen »S21«, Künstler gegen »S21«, Juristen gegen »S21«, Attac-Gruppe gegen »S21«, Geologen gegen »S21« und viele mehr, die zum Teil wissenschaftlich an Alternativen arbeiten).

Das Thema »Direkte Demokratie« durchzieht die Bewegung. Für alle Repräsentanten könnte das zukünftig heißen:

Ihr werdet von uns eingesetzt, ihr kommt und geht, wir sind schon da, wir bleiben und werden ein Auge auf euch haben.

Soweit mal meine Einschätzung - ist ziemlich persönlich geworden. ■



■ ZUM WIDERSTAND IM WENDLAND:

Her mit dem Schotter

Unsere erste Anlaufstelle im Wendland war Metzingen. Eins der vier Widerstandscamps in der Nähe der Castortransportsstrecke. Treffpunkt und Camp für die vielen, vielen angereisten Atomkraftgegner. Und sichtbar war, dass das TeilnehmerInnenspektrum viel größer geworden ist: Waren es früher Umweltschützer, sahen wir nun Globalisierungsgegner, Menschenrechtsorganisierte, Greenpeace, Pfadfinder, Kirchengruppen, Autonome und Frauengruppen. In Metzingen gab es alles, was nötig war, neben aktuellen Infos sogar dank der hervorragenden Organisation leckere heiße Kartoffelpuffer. Dort startete auch der erste Erkundungsspaziergang in Richtung Gleisstrecke durch den Görder Wald. Das Gelände ist recht hügelig und waldreich, also kamen wir schon das erste Mal ins Schwitzen.

Suppe, Heu und viele Tipps

Zum ersten Abendplenum hatten wir noch Zeit und so fuhren wir zu unseren GastgeberInnen nach S. Kaum zu glauben: Außer der herzlichen Begrüßung der ortsansässigen BewohnerInnen gab es für uns richtige Betten im Haupthaus, die auf uns warteten. Alles war liebevoll vorbereitet: Es waren leckere Essen für mehrere Tage gekocht worden, die Scheune war beheizt und für alle zugänglich, es gab Strohlager und einen voll funktionierenden Küchenbereich. So war die Scheune in den nächsten Tagen der Treff und Infobörse für diverse Attac, Greenpeace und andere AtomkraftgegnerInnen. Es war immer zu spüren, dass die Widerstandsstrukturen des Wendlandes über lange Zeit gewachsen sind und mehrheitlich im Landkreis mitgetragen werden. Kein Dorf, durch das wir fuhren, in dem das leuchtende, gelbe X fehlte.

Widerstand mit Humor

Abends ging es zum Plenum nach Metzingen. Wir hatten uns bereits mit anderen FreundInnen zusammengetan und sammelten uns in dem großen Rundlingszelt des Camps. Angenehm die Mischung aus allen Altersgruppen: rasier-

te Köpfe, bunte Haarfarben, Hippiebärte und grauhaarige Normalfrisuren, alles vertreten. Ein gutes Gefühl. Es waren VertreterInnen der verschiedenen Aktionsformen anwesend. Die Kampagne »Widersetzen« erklärte ihr Konzept der Sitzblockaden und jeder sei ebenfalls auch dort willkommen. Die schmunzelnde Aussage: »Im Herzen sind wir doch alle Schotterer«, fand große Zustimmung. Ebenso die humorvolle Bitte an die Veganer den Fleischgrill der Bewohner des Dorfes nicht mit „Mörder«-Vorwürfen zu attackieren.

Es war allen klar, dass die Vielfalt des Widerstandes nur mit gegenseitigem Respekt und Toleranz funktionieren könnte.

Für den nächsten Morgen war vor der großen Kundgebung in Splietau ein Aktionstraining angesetzt, Schottern für alle in der Widerstandsschule.

Unser erster Wendlandtag »zu Hause« ging gemütlich zu Ende. Austausch mit den Freunden aus anderen Städten, das Widerstandsradio hören, den Castorticker lesen. Riesenfreude, weil die französischen Atomgegner mit ihren mutigen Aktionen den Castor schon aufhielten.

Üben ist alles

Am Morgen auf zur Trockenübung »Schottern«. Sehr lehrreich schlüpfen wir mal in die Rolle der Polizei und konnten sehen, wie imposant es wirkt, wenn die Formation der Atomgegner auf uns zukam. Priorität hatte die Frage: Wie können wir uns vor Verletzungen schützen? Wie kann mensch trotz des Polizeiaufmarsches vorwärtskommen? Hier sei soviel verraten: Es war ein hilfreiches Training und vor allem psychologisch eine gute Einstimmung. Die Castorproben, die schon x mal im Wendland waren, konnten ihre Erfahrung gut weitergeben.

Nach diversen Tees und Kaffees ging es dann nach Splietau. Wir hörten schon unterwegs die unglaublichsten Zahlen: viele hundert Busse waren aus dem gesamten Bundesgebiet unterwegs und an die 16.000 grün Uniformierte vertraten die Atomlobby und die Staatsmacht.



Tausende auf dem Acker

In Splietau auf der großen Wiese erwartete uns ein Menschenmeer. 50.000? Eine Bühne, von der aus das Musikprogramm und die Kundgebungsbeiträge herüberschallten. Unzählige Stände: Bücher, Anti-Atomshirts, Infomaterial, Würstchen vom Gallowayrind und alles, was das Herz begehrt. Gute Stimmung allerorten. Eine Zufahrtsstraße hatten die Wendlandbauern bereits mit ihren eindrucksvollen Traktoren gesperrt: Souverän saßen sie auf ihren Maschinen und klar war: An uns kommt hier niemand vorbei! So war's auch. Öfters haben wir uns gefragt, wie hat denn das nun wieder geklappt? Mitten während der Kundgebung wurde ein riesiges Loch gegraben, jeder konnte sehen, wie eine Straße untertunnelt wird. Wow. Natürlich kamen dann die Einsatzkräfte, die echt dumm aus der Wäsche guckten.

Erstaunlich ist auch, trotz der zig Zehntausenden, man trifft echt Bekannte aus allen Teilen der Republik. »Schön, du bist auch immer noch dabei, guck, die Kinder sind auch mit.«

Frühes Aufstehen und flexibles Schottern – Atomausstieg ist Handarbeit

Voller Eindrücke kamen wir bei unseren Gastgebern zuhause an. Am nächsten Tag war Schottern angesagt, deshalb setzten wir uns zusammen um alles noch mal in Ruhe zu besprechen. Die Nacht sollte kurz werden, um vier in der Früh war das Aufstehen geplant. Alles klappte hervorragend, selbst das Frühstück konnten wir noch genießen: Dann kam die Meldung: Alles retour, es ginge erst gegen acht Uhr los. Mit der kleinen Mütze zusätzlichen Schlafes gelangten wir dann an die Treffpunkte in der Görhrde, dem Wald- und Hügelgelände, in dem der Gleiskörper für den Castortransport liegt.

Ein tolles Bild: mehrere Hundert entschlossene Menschen, die sich aus verschiedenen Richtungen auf die Gleise zu bewegten. Wir wussten, dass außer unserem Finger, der vorwärts ging, noch die anderen aus dem Köhlinger Camp das gleiche taten. Gern hätten wir das mal aus der Luft gesehen, aber das war den Bundespolizeihelikoptern vorbehalten.

Auf und ab ging es durch den Wald. Als klar war, jetzt können die Gleise nicht mehr weit sein, kamen uns die ersten CS-Gasschwaden entgegen: Bläulich waberte es zwischen den Bäumen, es hatte die ersten Castorgegner schon getroffen. Heulend und hustend kamen sie uns entgegen. Aber wir wussten, einige waren gut durchgekommen und hatten die Gleise erreicht. So sollte es nun den ganzen Tag weitergehen: Immer wieder gelang es kleineren Grüppchen die Polizeikette abzulenken, wegzulocken, so dass andere

die Schottersteine aus dem Gleisbett entfernen konnten. Viele aber wurden auch verletzt, die Polizeikräfte zerrten und knüppelten, verdrehten Arme und Beine und versprühten ihr gefährliches Pfefferspray. Eine meiner Mitfahrerinnen musste mit einer Fleischwunde ins Krankenhaus. Dennoch war spürbar, was eine entschlossene Masse erreichen kann: Oft waren es kluge Strategien, die zur Anwendung kamen; ich sah entschlossene, mutige Menschen, Alte, aber auch viele ganz Junge, die in kleinen Gruppen Scheinangriffe ausübten, dadurch die Polizei beschäftigten, die die Gruppe verfolgte, so dass in ihrem Rücken die Schotterer ans Werk gehen konnten.

Im gesamten Wald wurden immer wieder Sperren aufgebaut, damit die Polizeifahrzeuge, ihre Räumpanzer und sonstiges Gerät nicht durchkommen konnten. Viele waren auch schon vorher in der Nacht gelegt worden. Die Widerstandsstruktur war teils brilliant: Nach viel Gelaufe quer durchs Unterholz, stieß man plötzlich auf einen Geländewagen voller Freaks, die mit Musik und guter Laune Kaffee und Tee verteilten, Augen ausspülten und Infos weitergaben. Da vergaß man auch wieder die eigene Erschöpfung. Am Nachmittag hörten wir, dass in Herlingen Tausende auf den Schienen sitzen. Eine Riesenblockade der Castorgegner, und immer wieder erfuhren wir auch von zahlreichen Traktorenblockaden an diversen Zufahrtstraßen.

Ein Landkreis in Bewegung

Als wir dann beschlossen nach Hause zu fahren, wurde es noch mal eindrucksvoll sichtbar: ein Landkreis, der aufsteht und Widerstand leistet. Überall strömten die Menschen aus dem Wald zurück, »wir gehen noch mal blockieren, kommt Ihr mit?«

Großer Jubel, als wir am Elbdamm in echter Seitenschräglage eine Traktorenblockade umfahren mussten, fast wären wir den Damm runtergekullert. Zuhause gab's die Geschichten, die der Widerstand schreibt, viel nachträgliche Wut, aber auch Stolz, Reflexionen, was ist gut am Konzept, wo hapert's. Wichtig für uns war das Erleben von Solidarität: vor Ort im Wald, mit oder ohne Konfrontation, die Mutigen, wie die weniger Mutigen, die Infrastruktur im Rücken in den Scheunen, den Camps, alle Beteiligten haben Großartiges geleistet.

Offensive tut gut

Eine wichtige Erfahrung des Wendlandwiderstandes ist es zu erleben, wie verschiedene Aktionsformen kreativ nebeneinander wirken können, und wie viele Menschen auch Gesetze zu übertreten bereit sind, weil ihnen keine Wahl bleibt. **Ein Erlebnis, dass auch im Alltag nachhallen wird.**

Ellen Govelin ■